



Haushalts- und Finanzausschuss

18. Sitzung (öffentlicher Teil)¹

27. April 2023

Düsseldorf – Haus des Landtags

10:01 Uhr bis 12:19 Uhr

Vorsitz: Carolin Kirsch (SPD)

Protokoll: Sitzungsdokumentarischer Dienst

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

- | | | |
|--------------|--|---------------|
| 1 | Gespräch mit dem Vorstand der NRW.BANK (<i>Präsentation s. Anlage 1</i>) | 5 |
| | Jahresabschluss 2022, Aktuelle Entwicklungen und Trends 2022/2023 | |
|
2 |
Gesetz zur Anpassung der Lehrkräftebesoldung sowie zur Änderung weiterer dienstrechtlicher Vorschriften |
18 |
| | Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 18/2277 | |
| | Vorlage 18/667 | |
| | Ausschussprotokoll 18/208 (Anhörung am 23.03.2023) | |
| | – Auswertung der Anhörung von Sachverständigen | |
| | – Wortbeiträge | |

¹ vertraulicher Teil mit TOP 8 siehe vAPr 18/30

- 3 Gesetz zur Änderung des Landespersonalvertretungsgesetzes und weiterer Gesetze 28**
- Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 18/3065
- Stellungnahme 18/412
Stellungnahme 18/434
Stellungnahme 18/454
Stellungnahme 18/458
Stellungnahme 18/489
- Wortbeiträge
- 4 Gesetz zur Zustimmung zum Staatsvertrag über die Vereinigung der LBS Westdeutsche Landesbausparkasse, Anstalt des öffentlichen Rechts, und der LBS Norddeutsche Landesbausparkasse Berlin-Hannover, Anstalt des öffentlichen Rechts, zur LBS Landesbausparkasse NordWest, Anstalt des öffentlichen Rechts, und über die LBS Landesbausparkasse NordWest und zur Änderung der Landeshaushaltsordnung 33**
- Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 18/3482 (Neudruck)
- Wortbeiträge
- Ausschuss kommt vorbehaltlich einer entsprechenden Beschlussfassung im federführenden Ausschuss einvernehmlich überein, sich an einer Anhörung zu beteiligen.
- 5 Tätigkeit eines ehemaligen Beigeordneten der Stadt Düsseldorf für das Ministerium der Finanzen (Bericht beantragt von der SPD-Fraktion [s. Anlage 2]) 34**
- Bericht
der Landesregierung
Vorlage 18/1161
- mündlicher Bericht der Landesregierung
- Wortbeiträge

- 6 Einwilligung des Haushalts- und Finanzausschusses des Landtags NRW gemäß § 8a Haushaltsgesetz 2023 in die Verausgabung der vom Bund zugesagten Leistungen für Härtefallhilfen für private Haushalte wegen stark gestiegener Energiekosten für nicht leitungsgebundene Energieträger** 41

Vorlage 18/1134

Der Ausschuss willigt mit den Stimmen aller Fraktionen in die Verausgabung der vom Bund zugesagten Leistungen für Härtefallhilfen für private Haushalte wegen stark gestiegener Energiekosten für nicht leitungsgebundene Energieträger ein.

- 7 Verschiedenes** 42

- a) Terminplanung 2024** 42

Gegen die per E-Mail am 13.04.2023 versandte Terminplanung 2024 erhebt sich kein Widerspruch.

- b) Vorlagen 18/1089 und 18/1078** 42

- c) Gespräch mit der Ersten Abwicklungsanstalt am 11.05.2023** 42

Es erhebt sich kein Widerspruch.

- d) Ernennung von Frau Dr. Kirchner zur neuen Finanzpräsidentin der OFD** 42

* * *

4 Gesetz zur Zustimmung zum Staatsvertrag über die Vereinigung der LBS Westdeutsche Landesbausparkasse, Anstalt des öffentlichen Rechts, und der LBS Norddeutsche Landesbausparkasse Berlin-Hannover, Anstalt des öffentlichen Rechts, zur LBS Landesbausparkasse NordWest, Anstalt des öffentlichen Rechts, und über die LBS Landesbausparkasse NordWest und zur Änderung der Landeshaushaltsordnung

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 18/3482 (Neudruck)

(Überweisung des Gesetzentwurfs an den Hauptausschuss – federführend – sowie an den Haushalts- und Finanzausschuss am 29.03.2023)

Vorsitzende Carolin Kirsch teilt mit, der federführende Ausschuss werde voraussichtlich eine Anhörung zu dem Gesetzentwurf durchführen.

Ralf Witzel (FDP) betont, der Gesetzentwurf sei aus formalen Gründen im Hauptausschuss angesiedelt worden. Materiell-inhaltlich sei der Haushalts- und Finanzausschuss betroffen. Er solle sich deshalb an der Anhörung beteiligen, zumal der Staatsvertrag das Dreisäulenmodell betreffe.

Olaf Lehne (CDU) erkundigt sich bei der Landesregierung nach einer möglichen zeitlichen Komponente. Im Raum stehe offenbar der 31. August.

StS Dr. Dirk Günnewig (FM) bestätigt, auf Bitten der Träger solle bis zum 31. August eine Lösung herbeigeführt werden, um die Fusion wie geplant umsetzen zu können. Bis zum 31. August könnten Verschmelzungen rückwirkend zum Jahresbeginn umgesetzt werden. Ansonsten könnten aufgrund dann neu vorzunehmender Verschmelzungsgespräche Mehrkosten entstehen.

Ralf Witzel (FDP) äußert Verständnis für die Notwendigkeit einer rechtssicheren und beschlusskonformen Lösung und weist auf die Möglichkeit hin, den Gesetzentwurf im August im Plenum zu verabschieden, sofern notwendig.

Ausschuss kommt vorbehaltlich einer entsprechenden Beschlussfassung im federführenden Ausschuss einvernehmlich überein, sich an einer Anhörung zu beteiligen.

